

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)**

- a) **zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**  
– **Drucksache 14/245** –

**Straßenbaubericht 1998**

- b) **zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Angelika Mertens, Hans-Günter Bruckmann, Dr. Peter Danckert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Franziska Eichstädt-Bohlig, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
– **Drucksache 14/2576** –

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**  
– **Drucksache 14/245** –

**Straßenbaubericht 1998**

### **A. Problem**

Nach § 7 Fernstraßenausbaugesetz ist die Bundesregierung verpflichtet, jährlich über den Fortgang des Bundesfernstraßenausbaus zu berichten.

Angesichts der Notwendigkeit, die Ausgaben in den Haushalten der öffentlichen Hand zu begrenzen, ist eine gewisse Unsicherheit über die Weiterführung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen entstanden.

### **B. Lösung**

Mit dem Straßenbaubericht 1998 kommt die Bundesregierung ihrer gesetzlichen Berichtspflicht nach.

In dem Entschließungsantrag, den der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS zur Annahme empfiehlt, wird das

Investitionsprogramm 1999 bis 2002 begrüßt und die Bundesregierung aufgefordert, die umfassende Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans zügig fortzusetzen, die Umwandlung der zeitabhängigen Autobahnbenutzungsgebühr für Lkw in eine streckenbezogene Gebühr weiter voranzubringen und sich auf EU-Ebene weiter für entscheidende Schritte zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Schienengüterverkehrs einzusetzen.

#### **Mehrheitsentscheidung im Ausschuss**

##### **C. Alternativen**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

##### **D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Straßenbaubericht 1998 auf Drucksache 14/245 zur Kenntnis zu nehmen,
- b) den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2576 anzunehmen.

Berlin, den 4. Juli 2000

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Angelika Mertens**  
Berichterstatterin

**Renate Blank**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Angelika Mertens und Renate Blank

### I.

Der Deutsche Bundestag hat den Bericht auf Drucksache 14/245 und den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2576 in seiner 84. Sitzung am 27. Januar 2000 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben den Straßenbaubericht 1998 zur Kenntnis genommen und den Entschließungsantrag jeweils mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zur Annahme empfohlen. Dabei hat sich die Fraktion der PDS im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Stimme enthalten, war im Ausschuss für Tourismus bei der Abstimmung abwesend und hat in den übrigen mitberatenden Ausschüssen gegen den Entschließungsantrag gestimmt.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlagen in seiner 37. Sitzung am 28. Juni 2000 beraten. Er empfiehlt, den Straßenbaubericht 1998 zur Kenntnis zu nehmen und, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS, den Entschließungsantrag anzunehmen.

### II.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen ist sich mit dem Entschließungsantrag darin einig, dass eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturpolitik zentrale Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung ist und dass entsprechende Investitionen sowohl für die Wirtschaft als auch für eine zunehmend mobile Gesellschaft unerlässlich sind.

Keine Einigkeit besteht über die weiteren Feststellungen im Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2576.

Die Ausschussmehrheit steht auch zu den übrigen Aussagen und Forderungen des Entschließungsantrags. Der Antrag sehe im Investitionsprogramm 1999 bis 2002 zu Recht einen wichtigen Schritt zu einer realistischen Infrastrukturplanung, welche die jahrelange Unsicherheit, die sich aus der Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans ergeben habe, beseitige. Das Investitionsprogramm, das auch die Notwendigkeit, den Haushalt in Ordnung zu bringen, be-

rücksichtige, sei solide und finanzierbar und mache bei den VDE keine Abstriche. Die Priorität für die Schiene sei eindeutig. Die Ausschussmehrheit unterstützt auch die Forderung, den Bundesverkehrswegeplan umfassend zu überarbeiten. Dies müsse zügig erfolgen, dürfe aber nicht auf Kosten der Gründlichkeit gehen. Insgesamt sei der Entschließungsantrag solide und bedeute für alle Beteiligten mehr Planungssicherheit.

Die Fraktion der CDU/CSU hat im Ausschuss dem Entschließungsantrag ihre Zustimmung verweigert, weil er die Verkehrsinfrastrukturpolitik der alten Bundesregierung zu Unrecht kritisiere. Wenn nach dem Antrag mit den Verkehrsinfrastrukturinvestitionen Wachstum und Beschäftigung sichergestellt werden sollten, müsse gefragt werden, warum dann in den Haushaltsjahren 1999 bis 2002 4,9 Mrd. DM gestrichen würden. Im Übrigen drohe für den Verkehrshaushalt 2001 noch eine globale Minderausgabe. Auch die Kürzung der Mittel für Ortsumgehungen um 480 Mio. DM sei unverständlich, da es hier um Menschen- und Umweltschutz gehe. Die Angaben über die zusätzlichen Ausgaben für Investitionen in die Schiene seien fragwürdig, da hier auch Mittel der privaten Vorfinanzierung eingeschlossen seien.

Die Fraktion der F.D.P. hat dem Entschließungsantrag ebenfalls nicht zugestimmt. Sie begründet dies u. a. damit, dass für den Straßenbau nach 1998 deutlich weniger Geld zur Verfügung stehe, obwohl durch EU-Osterweiterung eine Steigerung des Verkehrs um 60 % zu erwarten sei. Das Investitionsprogramm und das sich anschließende Anti-Stau-Programm seien durch die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung nicht abgedeckt. Ein Antrag der Fraktion der F.D.P., die Straßenbauinvestitionen anzuheben, das Investitionsprogramm und das Anti-Stau-Programm durch eine Investitionspolitik aus einem Guss zu ersetzen und die offenen Zukunftsfragen – Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans und zukünftige Finanzierung der Straßenverkehrsinfrastruktur – zügig zu klären, wurde im Ausschuss lediglich von der Fraktion der CDU/CSU unterstützt und von der Mehrheit einschließlich der Fraktion der PDS abgelehnt.

Die Fraktion der PDS hat im Ausschuss den Entschließungsantrag abgelehnt, weil er in der Sache die Fortsetzung der Verkehrspolitik der alten Bundesregierung billige. Sie weist auf den Landschaftsverbrauch und auf die Folgekosten hin, die durch den ständigen Straßenneubau für die Erhaltung entstünden. Bei den Kriterien zum Bundesverkehrswegeplan müsse auch das Thema des induzierten Verkehrs berücksichtigt werden.

Berlin, den 4. Juli 2000

**Angelika Mertens**  
Berichterstatlerin

**Renate Blank**  
Berichterstatlerin